

FAZ 10.03.95

FREMDE FEDERN: Peter Gauweiler

## Wie Christliche Demokraten abdanken

Der „historische Kompromiß“ wurde erstmals 1973 vom Chef der Kommunistischen Partei Italiens, Enrico Berlinguer, propagiert. Die Debatte darüber kam in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts in Fahrt, als Giulio Andreotti – wegen seiner späteren Warnung vor dem Pan-Germanismo von linken Medien in Deutschland heftig beklatscht – mit Hilfe der Kommunisten italienischer Staatspräsident werden wollte. Die Forderung nach einem historischen Kompromiß leitete jenen Prozeß der Erschöpfung und Abdankungsbereitschaft der Democrazia Cristiana ein, der schließlich zur Aufgabe ihres Parteinamens führte. Heute gibt es sie nicht mehr.

Die deutsche Debatte über ein Regierungsbündnis der CDU mit den Grünen ist von gleicher tödlicher Wirkung. Die KPI war ja nicht weiter links, als es die

heutigen Grünen sind, und während sich die Generalsekretäre Berlinguer und Natta schon betont zivilisiert und bürgerlich gaben, praktizieren heutige Führungspolitiker der Grünen noch den Kommunismus der Tat bei KPD, KPD/ML, KPD-AO oder der Frankfurter Gruppe „Revolutionärer Kampf“.

Unwahrscheinlich ist gar nichts mehr. Konnte man des CDU-Politikers Geißler allwöchentliches Herumschwänzeln um grüne Scheinthesen noch als ausgelebtes Mißverständnis der Erneuerungslehre des heiligen Ignatius abtun, verschiebt sich zwischenzeitlich die Lage zum Grenzwertigen. In der vergangenen Woche bemerkte Daniel Cohn-Bendit, daß nun auch schon ein CDU-Spitzenkandidat das richtige Angebot zu machen ausstanden habe: „Johannes Gerster aus Mainz. Der will Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz werden, und der weiß,

auf die FDP setzen heißt auf Sumpf setzen. Er sagt den Grünen in Rheinland-Pfalz, er sei bereit, mit ihnen über Fragen der Staatsbürgerschaft zu reden und dabei viel weiter zu gehen, als die Bonner CDU bereit ist. Und so weiter.“

Tatsächlich sollte man für Rheinland-Pfalz andere Sorgen haben. Zum Beispiel, daß im Land der deutschen Weinstraße wegen der EU-Gesamtproduktion Millionenträge in die Abholzung herrlicher Weinberge gesteckt werden, während die gleiche EU mit deutschen Steuergeldern in Portugal Tausende von Hektar Reben jährlich neu pflanzen läßt. Nur: Man kann sich mit solchen Solidaritätsfragen für das eigene Land bei den Grünen nicht interessant machen. Sie erstreben das Gegenteil.

Also „Staatsangehörigkeit – und so weiter“: Die Propaganda vom Einwanderungsland geschieht ja ohne jedes

Mandat der Bevölkerung. Sie erinnert vielmehr an Bert Brechts eigentlich satirisch gemeinten Rat, wenn einem das eigene Volk nicht mehr paßt, ein neues zu suchen. Tatsächlich braucht die Linke in der Mitte Europas etwas anderes als das bisherige deutsche Staatsvolk, will sie sich auf unserem Gebiet über das Jahrhundert hinaus behaupten.

Die Rettung wäre eine gewendete CDU als Mehrheitsbeschafterin in Sächsischen Multikulti, die – aus Satttheit oder geistiger Erschöpfung – den antibürgerlichen Bürgerkindern von links die juristischen Änderungen zur endgültigen Entmachtung des eigenen Volkes einzufädeln hilft. Und zusätzlich ist dann, was von der CDU gut war, im Himmel und ihr politischer Markenkern beim Teufel. Respektive bei den Grünen.

Der Autor ist Mitglied des Präsidiums der CSU.